

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

15. Februar 2016

Afghanistan

Anzahl der zivilen Opfer 2015 erneut gestiegen

Nach Angaben der UNAMA (United Nations Assistance Mission in Afghanistan) stieg die Zahl der zivilen Opfer 2015 erneut an und erreichte den höchsten Stand seit Beginn der Zählung im Jahr 2009. Im aktuellen Bericht (Afghanistan Annual Report on Protection of Civilians in Armed Conflict: 2015) geht die UNAMA von landesweit 11.002 zivilen Opfern aus (3.545 Tote und 7.457 Verletzte). Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber 2014 um vier Prozent. Besonders stark stiegen die Opferzahlen unter Frauen und Kindern. Die meisten Opfer (37 %) wurden bei Gefechten zwischen den Konfliktparteien (Ground engagements) verursacht. Hauptgrund für den Anstieg der Zahlen ist die Lage im Nordosten (vor allem nach der kurzzeitigen Eroberung der Stadt Kunduz durch die Taliban). Während in allen Regionen die Opferzahlen leicht zurückgingen, stieg sie im Nordosten von 929 auf 1.978. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Zahlen noch höher sind, als von der UNAMA abgelesen, da nicht alle Fälle dokumentiert werden.

Militärische Auseinandersetzungen der vergangenen Woche

Nach Kämpfen mit Sicherheitskräften haben Taliban Anfang der vergangenen Woche in der nördlichen Provinz Faryab die Stromleitungen, die Strom aus Turkmenistan liefern, gekappt. Bei Kämpfen in der nordöstlichen Provinz Baghlan starben letzte Woche zahlreiche Taliban und afghanische Soldaten. Außerdem sollen rund 800 Zivilisten getötet oder verletzt worden sein und über 1.000 seien geflohen. Inzwischen haben die Taliban angeboten, die Reparatur von zerstörten Stromleitungen zuzulassen, wenn die Armee ihre Operationen einstellt. Die Leitungen führen Strom aus Usbekistan u.a. in die Hauptstadt Kabul, die seit Ende Januar unter dem Strommangel leidet. In den westlichen Provinzen Herat und Farah starben am 09.01.16 bei Angriffen auf Kontrollposten der Armee sechs Soldaten und acht Angreifer. Der Gouverneur der Provinz Kunduz erklärte am 09.01.16, dass die Vororte der Provinzhauptstadt unter Kontrolle der Taliban seien. Weiterhin fanden Kämpfe und gezielte Militäroperationen gegen Aufständische in Nangarhar (Osten) statt und in Maidan Wardak (Zentrum) führte eine Offensive der Armee gegen Taliban zu heftigen Kämpfen. In Paktika (Südosten) finden seit 13.02.16 heftige Kämpfe zwischen zwei rivalisierenden Taliban-Gruppen statt. Weitere Kämpfe gab es in Ghazni (Südosten). In Helmand (Süden). Hier sollen am Wochenende pakistanische Truppen vier Kilometer weit auf afghanisches Territorium vorgedrungen sein.

Zahl der gezielten Tötungen 2015 gestiegen

Laut UNAMA (s.o.) gab es 2015 mehr gezielte Tötungen von Zivilisten als im Vorjahr. Die Opfer waren hauptsächlich Mitarbeiter von Hilfsorganisationen, Stammesälteste, Mullahs sowie Regierungs- und Justizbeamte.

Gezielte Anschläge und Übergriffe der vergangenen Woche

Am 08.02.16 starben bei einem Selbstmordanschlag auf einem Markt in der Provinz Paktika (Südosten) mindestens sechs Menschen und weitere neun wurden verletzt. Der Anschlag galt dem Distrikts-Gouverneur des Distrikts Yahyakhel. Bei einem weiteren Selbstmordattentat vor einer Bäckerei in Gardez (Provinz Paktia, Südosten) wurden mindestens sechs Menschen getötet.

Am 10.02.16 wurde der Direktor des Gesundheitsamtes in Khost (Osten) von Aufständischen angeschossen. In Nimroz (Süden) wurden vier Mitarbeiter des Geheimdienstes bei einem Anschlag verletzt und in Faryab

(Norden) starb ein Zivilist bei der Explosion einer Straßenbombe. In Kandahar (Süden) wurden sechs Polizisten bei einem sog. Insider-Angriff von Kollegen erschossen, sieben weitere wurden verletzt. In Farah City (Westen) wurden am 11.02.16 drei Polizisten bei einem Sprengstoffanschlag verletzt.

Zahl der Entführungsfälle in der Provinz Nimroz steigt

Bewohner der südlichen Provinz Nimroz sind über die ansteigende Zahl von Entführungen besorgt. Geschäftsleute und wohlhabende Personen würden ihre Kinder nicht mehr zur Schule oder Ausbildung senden. Es wird befürchtet, dass sie ihre Investitionen einstellen.

Landstreitigkeiten als Sicherheitsproblem

In der zentralafghanischen Provinz Logar führen nach Behördenangaben Landstreitigkeiten (sog. land grabbing, widerrechtliche Aneignungen) zu ernstem Sicherheitsproblem.

Irak

Hinrichtung

Am 04.02.16 fand die erste Hinrichtung seit Monaten statt. Der Hingerichtete soll vor drei Jahren wegen Terrorismusvorwürfen verurteilt worden sein.

Freiwillige Ausreisen

Seit dem 01.09.15 sollen einer Pressemeldung zufolge 1970 Iraker freiwillig Deutschland verlassen haben. Sie seien meist mit Linienflügen der Iraqi Airways zurückgekehrt. Als Gründe für die Ausreise seien einerseits genannt worden, dass sich die Versprechen von Schleusern nicht erfüllt hätten, andererseits auch familiäre Gründe in der Heimat.

Syrien

Sicherheitskonferenz zu Syrien

Vertreter der Syrien-Kontaktgruppe aus 17 Staaten sowie der UNO, der Europäischen Union und der Arabischen Liga verständigten sich auf der Sicherheitskonferenz in München am 12.02.16 auf einen 3-Punkte-Plan, wonach es künftig weniger Gewalt und mehr Hilfslieferungen in Syrien geben soll. Innerhalb einer Woche soll eine landesweite Feuerpause eingehalten werden. Eine Bekämpfung des IS, der al-Nusra Front und anderer von der UN als terroristisch eingestufte Milizen soll jedoch weiter möglich sein. Es gibt jedoch bereits Zweifel an der Vereinbarung. Viele Beobachter gehen davon aus, dass sowohl das Assad-Regime mit Unterstützung Russlands, als auch die Rebellen die verbleibende Zeit für Geländegewinne nutzen wollen. Der Fahrplan zur Umsetzung der Feuerpause ist schon am Wochenende wieder ins Stocken geraten.

Anschlag in Damaskus

Bei einem Bombenanschlag in Damaskus wurden am 09.02.16 mindestens acht Polizisten getötet und über 20 weitere Personen verletzt. Ein Selbstmordattentäter zündete seinen Sprengsatz in einem Auto auf einem belebten Gemüsemarkt vor einem Polizeiclub im Stadtteil Masaken Barsain. Der IS bekannte sich zu dem Anschlag.

Türkei

Luftangriffe in Syrien

Der türkische Ministerpräsident Davutoglu erklärte am 14.02.16, dass die Türkei trotz internationaler Appelle beabsichtige, ihre Angriffe auf kurdische Stellungen in Nordsyrien fortzusetzen. Die PYD und ihr bewaffneter Arm, die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG), kontrollieren große Teile der kurdischen Siedlungsgebiete in Nordsyrien. Die türkische Armee beschoss in den vergangenen zwei Tagen Ziele bei Asas im Norden Syriens. Dort hatten kurdische Kämpfer mit Unterstützung russischer

Kampfflugzeuge einen Militärflughafen von den gegen Präsident Baschar al-Assad kämpfenden Rebellen erobert.

Festnahme von potentiellen Attentätern

Nach Medienberichten nahm das türkische Militär am 10.02.16 in der Provinz Gaziantep an der Grenze zu Syrien eine Gruppe von 34 schwer bewaffneten Menschen fest. Dabei seien vier Selbstmordattentäter-Westen und 15 Kilogramm Sprengstoff beschlagnahmt worden. Zu der Gruppe gehörten zehn Frauen und vier Männer sowie 20 Kinder. Das gegenüberliegende syrische Grenzgebiet wird von der IS kontrolliert.

Angriffe auf regierungsnahe Zeitungen

In Istanbul wurden am 11.02.16 zwei Zeitungen mit Molotow-Cocktails angegriffen und beschossen. Die Zeitung Yeni Safak erklärte auf ihrer Website, die Brandsätze hätten ein Feuer ausgelöst, es habe jedoch keine Verletzten gegeben. Zeitgleich soll es nach Medienberichten auch Übergriffe auf die Zeitung Yeni Akit gegeben haben. Maskierte sollen die Redaktion beschossen und Brandsätze auf parkende Autos geworfen haben. Beide Zeitungen gelten als regierungstreu und befürworteten in ihrer Berichterstattung unter anderem die Militäroffensive gegen die PKK im Südosten des Landes.

Tunesien

Grenzwall gegen Islamisten aus Libyen

Nach mehreren Anschlägen des IS im vergangenen Jahr hat Tunesien seine Grenze zu Libyen gesichert. Die Sperranlage - bestehend aus Sandwällen und Wassergräben - reicht vom Grenzübergang Ras Jedir an der Mittelmeerküste bis nach Dhiba 200 Kilometer weiter südwestlich. Die Schutzwälle sind teilweise mehrere Meter hoch. Damit ist nun etwa die Hälfte der Grenze zu Libyen vor allem für Fahrzeuge nicht mehr problemlos zu überqueren. Nach Angaben des tunesischen Verteidigungsminister Farhat Hachani sei geplant, die gesamte Grenze für Fahrzeuge unpassierbar zu machen und auch mit elektrischen Geräten zu überwachen.

Libyen

Pläne für Einheitsregierung

Libyen startete inzwischen einen weiteren Versuch zur Bildung einer Einheitsregierung. Der Präsidenschaftsrat stellte am 14.02.16 eine überarbeitete Kabinettsliste vor, nachdem das international anerkannte libysche Parlament in Tobruk am 25.01.16 die Regierung der nationalen Einheit abgelehnt und gefordert hatte, dass eine neue Regierung präsentiert wird.

Die neue Einheitsregierung ist Teil eines Abkommens zwischen den beiden verfeindeten libyschen Regierungen, das im Dezember 2015 unter Vermittlung der UNO unterzeichnet wurde. Das Abkommen war jedoch von Anfang an innerhalb der beiden Parlamente umstritten.

Das Parlament in Tobruk hatte nach Medienberichten insbesondere gegen die vorgeschlagene Einheitsregierung gestimmt, weil den Forderungen der Milizen zu sehr nachgegeben worden sei. Zudem würde es eine Einheitsregierung mit zehn statt der geplanten 32 Mitglieder bevorzugen und möchte das Oberhaupt der militärischen Streitkräfte, General Khalifa Haftar, in seiner Position behalten. Die UNO lehnte Änderungen an dem ausgehandelten Vorschlag zur Einheitsregierung bisher ab.

Mali

Anschläge

Am 09.02.16 meldete Malis Verteidigungsminister Coulibaly einen IED-Anschlag (improvised explosive device) auf eine Armeepatrouille in der Stadt Mandoro (Region Mopti). Dabei wurden drei malische Soldaten getötet, zwei weitere verletzt.

Am 12.02.16 wurden bei einem Angriff auf einen UN-Stützpunkt in Kidal sechs Blauhelmsoldaten getötet und etwa 30 weitere verletzt. Die mit Al-Kaida verbündete malische Jihadistengruppe Ansar Dine bekannte sich zu dem Angriff. Kurz nach der Attacke in Kidal wurden bei einem weiteren Angriff in der Nähe von

Timbuktu drei malische Soldaten getötet. Sie seien von Jihadisten aus einem Hinterhalt angegriffen worden, berichtete ein Vertreter der malischen Armee.

Tschad

Präsidentschaftswahlen

Der amtierende Staatschef Déby wurde am 09.02.16 offiziell von der MPS (Mouvement Patriotique du Salut) als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen am 10.04.16 benannt. Déby ist seit dem Militärputsch im Jahr 1990 im Amt und wurde zuletzt 2011 wiedergewählt. Im Falle seines Wahlsieges kündigte er die Wiedereinführung einer Beschränkung präsidentieller Amtszeiten an. Die Amtszeitbeschränkung war durch eine Verfassungsänderung 2005 abgeschafft worden.

Neuer Regierungschef

Albert Pahimi Padacké (RNDD, Rassemblement National pour la Démocratie au Tchad) wurde am 13.02.16 durch Präsident Déby zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Padacké folgt dem zuvor zurückgetretenen Regierungschef Deubet (MPS) im Amt nach. Padacké hatte zuvor seine Unterstützung für Débys Präsidentschaftskandidatur bekundet.

Sudan

Hilfskonvoi für Darfur

Am 12.02.16 erreichte ein erster Hilfskonvoi der UN die vor den Kämpfen im Dschebel Marra-Gebiet Geflohenen (vgl. BN v. 08.02.16). Lastwagen mit Hilfsgütern sind nach Angaben der UN-Behörde für die Koordinierung humanitärer Hilfe auf dem Stützpunkt der UN-Mission UNAMID (United Nations Mission in Darfur) in Sortoni in Norddarfur eingetroffen. Rund 23.000 Vertriebene, davon 90 % Frauen und Kinder, hatten in den vergangenen Tagen dort Zuflucht gesucht.

Somalia

58.000 Kinder vom Hungertod bedroht

Wegen der derzeitigen Dürre droht nach UN-Angaben mehr als 58.000 Kindern der Hungertod, wenn ihnen nicht sofort Hilfe geleistet wird. Schätzungsweise 4,7 Mio. Menschen benötigten humanitäre Hilfe. Besorgniserregend sei die Situation von Kindern. Etwa 305.000 Kinder unter fünf Jahren seien akut unterernährt.

Die Schätzungen der UN beruhen auf den Erfahrungswerten der letzten großen Dürre im Jahr 2011, während der 250.000 Menschen starben.

Flugzeuganschlag galt vermutlich Turkish Airlines

Der Anschlag auf einen Airbus der Fluglinie Daallo Airlines am 02.02.16 (vgl. BN v. 08.02.16) galt nach Angaben eines Sprechers der Fluggesellschaft wahrscheinlich einem Flug der Turkish Airlines. Diese Fluggesellschaft hatte ihren Flug von Mogadischu nach Dschibuti wegen schlechten Wetters abgesagt. Viele Fluggäste seien daher auf den Flug von Daallo Airlines umgestiegen. Zu dem Anschlag bekannte sich inzwischen die al-Shabaab. Falls dies zutrifft, handelt es sich um den ersten Anschlag der Extremisten auf ein Flugzeug. Somalische Sicherheitskräfte nahmen bisher 20 Personen unter dem Verdacht der Beteiligung fest.

Regierung ruft zwischen Galmudug und ASWJ zur Versöhnung auf

Die somalische Regierung lud die als moderat-islamistisch geltende Miliz Ahlu Sunna wal Jamaa (ASWJ) ein, sich an Gesprächen mit der Übergangsregierung von Galmudug (Galmudug Interim Administration – GIA) zu beteiligen, um die Mitglieder der ASWJ besser in den neuen Staat zu integrieren. Galmudug versteht sich als autonomer Landesteil Somalias und umfasst die südliche Hälfte der Stadt und des Bezirks Gaalkayo in der Region Mudug sowie weitere Gebiete in den Regionen Mudug und Galguduud. Galmudug nimmt am politischen Leben auf Bundesebene teil. Die ASWJ kämpft in Zentralsomalia gegen die al-

Shabaab. Sie bestreitet die Regierungsgewalt der Regierung in Mogadischu, der sie Korruption und Ineffizienz vorwirft. In der Vergangenheit kam es mehrfach zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen der GIA und der ASWJ.

Nigeria

Boko Haram: Mindestens 30 Tote bei Überfall auf Dörfer

In der Nacht des 12.02.16 attackierten Kämpfer der islamistischen Terrororganisation Boko Haram im Bundesstaat Borno das Dorf Kachifa, Damboa Local Government Area. Am folgenden Morgen griffen sie das benachbarte Dorf Yakshari an. Bei beiden Angriffen wurden mindestens 30 Dorfbewohner getötet.

Boko Haram: Rund 60 Tote bei Anschlag auf Flüchtlingslager

Am Morgen des 10.02.16 zündeten zwei Selbstmordattentäterinnen im Flüchtlingslager der Stadt Dikwa (etwa 85 km östlich von Maiduguri im nordöstlichen Bundesstaat Borno) ihre Sprengsätze. Eine dritte Attentäterin ergab sich den Behörden, nachdem sie Familienangehörige im Lager gesehen hatte. Laut Angaben der Katastrophenschutzbehörde NEMA wurden bei dem Anschlag 58 Menschen getötet und 78 verletzt. In dem Lager leben über 50.000 Binnenflüchtlinge, die dort vor der Gewalt der islamistischen Terrororganisation Boko Haram Zuflucht gesucht haben.

Fast 200 Schiiten des Islamic Movement of Nigeria (IMN) angeklagt

Am 10.02.16 wurden 191 Mitglieder der schiitischen Sekte Islamic Movement of Nigeria (IMN) in einem improvisierten Gerichtsraum innerhalb des Zentralgefängnisses der nordnigerianischen Stadt Kaduna angeklagt. Ihnen wird im Zusammenhang mit den am 12. und 14.12.15 in der Stadt Zaria, Bundesstaat Kaduna, stattgefundenen gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Militär und Anhängern des IMN (vgl. BN v. 14.12.15) der illegale Besitz von Feuerwaffen, Störung der öffentlichen Ordnung sowie Aufwiegelung vorgeworfen. Vier Angeklagte unter 18 Jahren wurden gegen Kaution freigelassen. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, die den Angriff des Militärs auf die Schiiten als ungerechtfertigt bezeichnet, gibt unter Berufung auf Zeugenangaben und einer Krankenhausquelle die Zahl der bei den Unruhen getöteten Schiiten mit mindestens 300 Personen an, während die Sekte selbst mehr als Tausend Tote für möglich hält. Das Militär macht keine Angaben zur Zahl der getöteten Schiiten. Zur Aufklärung der Vorfälle im Dezember 2015 wurde von der Regierung des Bundesstaates Kaduna eine Untersuchungskommission eingesetzt. Die pro-iranische Sekte unter Führung ihres am 14.12.15 verhafteten Führers Ibrahim Zakzaky hat in Nigeria etwa drei Millionen Anhänger.

Erneut Tote bei Pro-Biafra Demonstration

In der Hauptstadt des gleichnamigen südöstlichen Bundesstaates Abia versammelten sich am Morgen des 09.02.16 vor der National High School Mitglieder der Pro-Biafra-Organisation IPOB (Indigenous People of Biafra) zum Gebet. Anschließend wollten sie für die Freilassung ihres Anführers Nnamdi Kanu und die Unabhängigkeit Biafras demonstrieren. Während des Gebets der IPOB-Mitglieder erschienen Polizei und Soldaten, um Anführer der Gruppe zu verhaften. Hierbei sollen zwischen fünf und 16 Mitglieder des IPOB von den Sicherheitskräften erschossen, mehrere verletzt und etwa 20 verhaftet worden sein. Am gleichen Tag wurden auch in Enugu, Hauptstadt des gleichnamigen südöstlichen Bundesstaates, 25 Mitglieder des IPOB verhaftet, die sich am Naira Triangle zu einem Protestmarsch versammelten.

Nnamdi Kanu, der auch Direktor des illegalen Radiosenders Radio Biafra ist, wurde am 16.10.15 vom Staatssicherheitsdienst DSS in Lagos verhaftet. Gegenwärtig ist er im Kuje Prison in Abuja inhaftiert. Er ist vor dem Federal High Court in Abuja wegen Verrats angeklagt.

Kamerun

Boko Haram: Anschlag auf Trauerfeier

Am 10.02.16 sprengten sich zwei Selbstmordattentäterinnen im Ort Nguetchewe, Region Extrême-Nord an der Grenze zu Nigeria, während einer muslimischen Trauerfeier in die Luft. Außer den Attentäterinnen starben sechs Trauernde; etwa 30 wurden verletzt.

Nordkorea

Militärchef hingerichtet

Laut südkoreanischen Medienberichten vom 10.02.16 ließ Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un den Generabstabschef des Landes, General Ri Yong Gil, im Februar 2016 hinrichten. Gründe hierfür sollen Korruption und die Bildung einer politischen Interessengruppe sein gewesen sein.